

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
26.10.2022

BIHK-Konjunkturumfrage: Geschäftserwartungen im freien Fall

Energiekrise und Inflationssorgen führen zu historischem Einbruch in allen Branchen

München – Die bayerische Wirtschaft stellt sich auf schwere Zeiten ein. Über alle Branchen hinweg fehlt den Unternehmen angesichts der Energiekrise Kosten- und Planungssicherheit. Dazu wächst die Sorge vor einer Abwärtsspirale, wenn Unternehmen ihre Investitionen weiter kürzen und Verbraucher immer weniger Geld ausgeben. Der BIHK-Konjunkturindex bricht im Vergleich zum Frühjahr von 112 auf 88 Punkte ein, der schlechteste Wert seit Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020. Der Index liegt deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt von 112 Punkten, so das Ergebnis der aktuellen Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) unter 3.400 Unternehmen.

„Die miserable Stimmung beruht vor allem auf den massiv eingebrochenen Geschäftserwartungen. Mit minus 37 Punkten markieren sie ein absolutes Allzeittief und zeigen zugleich den historisch größten Absturz zwischen zwei aufeinanderfolgenden Befragungen. Die Aussichten befinden sich quasi im freien Fall. Dagegen beurteilt die Mehrheit der Unternehmen die aktuelle Geschäftslage noch positiv, wenngleich schon seit einem Jahr mit rückläufiger Tendenz“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl.

„Die aktuelle Risikolage ist für die Betriebe beispiellos“, so Gößl weiter. Neben den unkalkulierbaren Energiekosten und existenziellen Fragen der Versorgungssicherheit kämpfen die Unternehmen nach wie vor mit fragilen Lieferketten und dem Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig zeichnet sich für die Weltwirtschaft eine Abkühlung ab, insbesondere bei den wichtigen Handelspartnern in der EU, aber auch in China. „Es verwundert also nicht, dass die Betriebe ihre Investitionen und die Zahl ihrer Beschäftigten zurückfahren“, so der BIHK-Hauptgeschäftsführer.

Zu den wenigen Lichtblicken zählt, dass Industrie und Baugewerbe aktuell noch einen soliden Auftragsbestand melden. Tourismus, Handel und die Dienstleistungsbranche berichten ebenfalls von derzeit weitgehend stabilen Umsätzen. Die Aussichten sehen laut Umfrage im Tourismus aber besonders düster aus, gefolgt von Baugewerbe, Handel und Industrie.

BIHK-Präsident Klaus Josef Lutz appelliert an die Politik, die immense Verunsicherung der Unternehmen ernst zu nehmen und mit kraftvollen und entschlossenen Maßnahmen entgegenzusteuern. „An erster Stelle steht der Auftrag an die Politik, schnell realistische Strategien für die Energiesicherheit Deutschlands aufzuzeigen und umzusetzen. In Zeiten der Energieknappheit muss schlicht alles für einen unverzüglichen Ausbau des Energieangebots getan werden. Dann beruhigen sich auch die Energiemärkte“, so der BIHK-Präsident.

Lutz mahnt zudem einen ernsthaften Bürokratieabbau an. „Wann, wenn nicht jetzt, soll ein Ruck durch Deutschland gehen? Mehr Flexibilität ist das Gebot der Stunde. Das fängt beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verkehrsinfrastruktur und beim so dringend notwendigen Wohnbau an – hier muss der bürokratisch verursachte Investitionsstau schnell beseitigt werden. Da alle zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft derzeit besonders toxisch wirken, muss der Gesetzgeber besondere Vorsicht walten lassen. Wir fordern daher, die Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes auszusetzen. Auch dürfen die im Rahmen des Energieeffizienzgesetzes vorgesehenen neuen Verpflichtungen keine zusätzlichen Belastungen für Unternehmen darstellen. Wer neue Regeln will, muss auch alte Regeln streichen können.“

Der BIHK-Präsident verlangt mit Blick auf die geopolitischen Spannungen mehr Einsatz der Politik für krisenfeste Lieferketten. „Deutschland und die EU müssen den Freihandel stärken und für offene Märkte eintreten. Das erleichtert den Unternehmen eine globale Diversifizierung ihrer Bezugsquellen, gerade auch beim Thema Rohstoffe. Neue Freihandelsabkommen mit den USA und Australien wären ein starkes Signal der Hoffnung für die Wirtschaft“, sagt Lutz.